

Handling von Förderprogrammen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung

Durch die vorläufige Haushaltsführung, aufgrund des fehlenden Haushalts für das neue Jahr 2025, gibt es Unsicherheit bezüglich der kontinuierlichen Fortführung vieler Förderprogramme. Insbesondere stellt sich die Frage, wie mit den vielen offenen und kurzfristig noch geplanten Förderanträgen umgegangen wird. Die Unsicherheitsquellen der Unternehmen bezüglich der konjunkturellen Situation, der Klimakrise und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland sind allseits bekannt. Dennoch gibt es auch weiterhin zahlreiche Unternehmen im Mittelstand, die nicht abwarten, sondern die Zukunft durch spannende Projekte aktiv gestalten wollen.

In vielen Fällen erfordert die Umsetzung jedoch eine staatliche Unterstützung. Beispielsweise im Bereich der Innovationsförderung ist der Erfolg vieler Projekte mit einem großen Risiko verbunden. Mit einer staatlichen Förderung werden Innovationsprojekte incentiviert, von denen am Ende die ganze Gesellschaft profitiert. Diesbezüglich wäre ein über Monate andauernder Bewilligungs- und Antragsstopp infolge eines fehlenden Bundeshaushalts ein fatales Zeichen an all jene Unternehmen, die trotz der angespannten Situation mutig vorangehen möchten.

Wir setzen uns daher bei den Förderprogrammen im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation sowie im Bereich der Investitionen in Klimaschutz und Dekarbonisierung für eine kontinuierliche Fortführung unter der vorläufigen Haushaltsführung ein. Sollte ein Bewilligungs- und Antragsstopp vor dem Hintergrund der Artikel 111 und 112 GG zeitweise unvermeidlich sein, so empfehlen wir dringend, die bestehenden Spielräume hinsichtlich eines vorzeitigen Projektbeginns auf eigenes Risiko der Unternehmen auszuschöpfen.

Beispiele für wichtige Förderprogramme in diesem Kontext sind:

- das Energieforschungsprogramm,
- die nationale Klimaschutzinitiative,
- das Programm Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft,
- das zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM),
- die Bundesförderung für energieeffiziente Gebäude und
- die kürzlich erst neu gestartete Bundesförderung für Industrie und Klimaschutz.

Der Mittelstand. BVMW e.V. ist ein freiwillig organisierter Unternehmerverband und vertritt rund 30.000 Mitglieder. Die mehr als 300 Repräsentanten des Verbandes organisieren mehr als 2.000 Veranstaltungen pro Jahr.

Es gibt nur wenige Programme, bei denen Unternehmen mit Antragseinreichung auf eigenes Risiko starten können, in den weitaus meisten Fällen ist eine Bewilligung abzuwarten. Vielfach ziehen sich die Antragsverfahren in Bundesprogrammen schon zu „normalen Zeiten“ über ein Jahr hin, was Unternehmen vor sehr große Herausforderungen stellt. Zusätzliche Verzögerungen um mehrere Monate infolge eines fehlenden Bundeshaushalts würden zahlreiche Projekte zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, zum Erreichen der Klimaneutralität oder auch zur Sicherung der Arbeitsplätze grundlegend gefährden. Dies gilt insbesondere auch für jene Anträge, die aufgrund der turbulenten letzten Wochen nicht mehr wie geplant im Jahr 2024 genehmigt werden können, sodass sich diese nun nach bereits monatelangen Antragsverfahren in das Jahr 2025 verschieben. Ein vorzeitiger Projektbeginn auf eigenes Risiko könnte die Folgen in vielen Fällen zumindest deutlich abmildern.

Vielfach hören wir aus den Bundesministerien, dass die Umsetzung eines vorzeitigen Projektbeginns vor dem Hintergrund des EU-Beihilferechts nur sehr eingeschränkt möglich ist. Dies können wir nicht nachvollziehen: Im ZIM ist dies durchaus flächendeckend realisierbar und auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten wie bspw. Österreich ist ein vorzeitiger Beginn in nahezu allen Fällen ab Antragstellung möglich.

Vor dem Hintergrund, dass die Förderlandschaft in den letzten Monaten immer komplexer und die Prozesse immer langwieriger wurden, setzt sich der BVMW mit seiner Kommission „Förderprogramme und Innovation“ unter der Leitung von Sonja Stockhausen (GEWI) und Matthias Brucke (embeteco) im Interesse des Mittelstands für das Ermöglichen vorzeitiger Projektbeginne auf eigenes Risiko ein.

Kontakt

Der Mittelstand. BVMW e.V.
Bereich Politik und Volkswirtschaft
Potsdamer Straße 7, 10785 Berlin
Telefon: + 49 30 533206-0, Telefax: +49 30 533206-50
E-Mail: politik@bvmw.de; Social Media: @BVMWeV